

Ressort: Finanzen

Billig-Stahl: EU-Kommission soll schärfer gegen China vorgehen

Berlin, 14.05.2016, 09:01 Uhr

GDN - Die Bundesregierung setzt die EU-Kommission unter Druck, entschlossener gegen Billigstahlimporte aus China vorzugehen. In einem gemeinsamen Brief fordern Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig und sein französischer Kollege Matthias Fekl die Brüsseler Behörde auf, die sogenannten handelspolitischen Schutzinstrumente zu schärfen, berichtet der "Spiegel".

So soll die Kommission künftig höhere Strafzölle als bisher verhängen dürfen, wenn sie feststellt, dass China seine Stahlerzeugnisse im Ausland zu niedrigeren Preisen verkauft als im Inland, also Dumping vorliegt. Deutschland und Frankreich fordern zudem, dass die Behörde entsprechende Vorwürfe künftig aus eigenem Antrieb und nicht erst auf Antrag der Branche überprüfen darf; die Verfahren sollen deutlich beschleunigt werden. Mit dem Maßnahmenkatalog wollen die beiden Länder gegen billige Stahlerzeugnisse aus China vorgehen, die derzeit den europäischen Markt überschwemmen. Dies führe zu "unlauterem Wettbewerb" sowie zu "ernsthaften und unumkehrbaren Auswirkungen" wie einem "hohen Arbeitsplatzverlust", heißt es in dem Schreiben.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-72443/billig-stahl-eu-kommission-soll-schaerfer-gegen-china-vorgehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619